

Positionspapier 2025/163

Aktionsplan: Unsere Demokratie vor rechtsextremen Ideen und Werten schützen!

Die Ergebnisse der Europawahl haben wieder einmal das äußerst alarmierende Erstarken der extremen Rechten in ganz Europa verdeutlicht. Zuvor war rechtsextremen Parteien mit Duldung oder Komplizenschaft einiger traditioneller Parteien der Sprung in nationale Regierungen gelungen. In anderen Ländern, wie z. B. Schweden, ermöglichen rechtsextreme Parteien die Regierungsbildung. In den Mitgliedstaaten, in denen die Rechtsextremen (noch) nicht in der Regierung sind, zählen sie zu den drei stimmenstärksten Parteien des Landes, wie in Frankreich, Spanien, Deutschland, Rumänien, Portugal, Bulgarien und im Vereinigten Königreich. Kein Land ist von diesem allgemeinen Trend verschont geblieben, der durch die infolge der Finanzkrise 2008/2009 vom IWF, der EZB und der Europäischen Kommission auferlegten und von den neoliberalen Regierungen unterstützten und umgesetzten Sparmaßnahmen noch beschleunigt wurde. Die Angriffe auf hochwertige Arbeitsplätze, grundlegende öffentliche Dienstleistungen und die ständig wachsende Ungleichheit haben bei den Menschen in ganz Europa Spuren hinterlassen. Diese politischen Entscheidungen haben den Rechtsextremen geholfen, ihre Stimmanteile in den letzten Jahrzehnten bei Wahlen auf europäischer und nationaler Ebene zu [verdreifachen](#).

Diese Politik und das Nichtbeachten der Beschäftigten und unserer Forderungen ermöglichen es den rechtsextremen Parteien sich als „Freunde der arbeitenden Bevölkerung“ auszugeben. Die Geschichte hat aber gezeigt, dass sie sobald sie an der Macht sind, Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechte angreifen und die traditionellen Konservativen bei der Umsetzung ihrer gewerkschaftsfeindlichen Agenda unterstützen (wie kürzlich in [Finnland](#)). Das Rezept der extremen Rechten ist überall ähnlich: Sie geht hart gegen demokratische Institutionen und Rechte vor, angefangen beim Streikrecht und dem Recht auf Tarifverhandlungen, sowie gegen die Medienfreiheit und eine unparteiische Justiz. Ungarn ist nach wie vor das Lehrbuchbeispiel für einen autoritären Wandel und sollte als besorgniserregendes Exempel für die möglichen Folgen einer rechtsextremen Mehrheit dienen. Darüber hinaus bedrohen rechtsextreme Parteien zunehmend auch die Demokratie am Arbeitsplatz, wie der Versuch der deutschen AfD, gelbe Gewerkschaften zu gründen und sich Zugang zu Betriebsräten zu erschleichen, zeigt.

Wir sollten uns nicht scheuen, klar Stellung gegen diese politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen zu beziehen und die Verheerungen aufzuzeigen, die sie für die Beschäftigten mit sich bringen. Die Gefahr, vor der wir uns wirklich fürchten müssen, ist, dass wir unsere Rechte verlieren, sobald die Rechtsextremen an die Macht kommen. Wir müssen uns mit den wirtschaftlichen Sorgen der Beschäftigten (Bürger*innen, die wählen) befassen, die sich von den etablierten Parteien im Stich gelassen fühlen, und sie für unsere

Sache und unsere Forderungen gewinnen. Gleichzeitig müssen wir unsere Forderungen deutlich machen, die Arbeitnehmer*innen vereinen, um politische Lösungen für die aktuellen Herausforderungen zu finden, d.h. Investitionen, Zusammenhalt und Solidarität, und uns allen widersetzen, die sich gegen die Beschäftigten wenden (Regierungen, Arbeitgeber, politische Bewegungen). Die demokratischen Parteien und die Gewerkschaften dürfen keine Kompromisse mit der extremen Rechten und ihren auf Hass und Spaltung basierenden toxischen Konzepten eingehen.

Mit diesem Aktionsplan schlagen wir Alarm und rufen alle unsere Mitglieder auf, sich verstärkt gegen soziale Ungerechtigkeit, Hass, Spaltung der Arbeitnehmerschaft, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, die durch Ideen und Werte der extremen Rechten verkörpert werden, einzusetzen. Die Gefahr der Untätigkeit ist größer denn je, da rechtsextreme Parteien bei jeder Wahl mehr Sitze dazugewinnen. Wir müssen jetzt handeln, bevor es zu spät ist und unsere Demokratie durch Untätigkeit zerstört wird.

Das wahre Gesicht der extremen Rechten – Warum sie der Feind der Beschäftigten sind

Die lange Liste von Argumenten, die zeigen, warum die extreme Rechte schon immer der Feind der Gewerkschaften war, reicht bis ins letzte Jahrhundert zurück. Aus einem kürzlich erschienenen [Bericht](#) der TUC geht hervor, dass Gewerkschaften schon immer an vorderster Front gegen die Rechtsextremen und deren Versuche gekämpft haben, die Arbeitnehmer*innen durch Hassreden und Schuldzuweisungen zu spalten. Unsere gewerkschaftlichen Grundwerte – Einheit, Gleichheit und Solidarität – bilden die Grundlage für unsere Gegenerzählung, wobei die internationale Solidarität unter den Beschäftigten das Potenzial zu einem Game Changer hat.

Wir müssen jedoch nicht allzu weit in der Geschichte zurückgehen, um zu verstehen, warum die extreme Rechte nicht unser Freund ist. In Italien hat die neue rechtsextreme Regierung einen Erlass zum Sicherheitsgesetz vorgelegt, der Gefängnisstrafen für die Blockade von Straßen oder Eisenbahnen vorsieht. Dies stellt eine Verschärfung des vorherigen Gesetzes dar, das lediglich Geldstrafen zwischen 1.000 und 4.000 Euro für diejenigen vorsah, die den freien Verkehr behinderten. Die italienischen Gewerkschaften sehen in diesem Gesetz eine Bedrohung für die Gewerkschaftsarbeit und einen Angriff auf das Demonstrationsrecht.

Aber diese Angriffe auf demokratische Rechte und Prozesse sind nicht die ersten Warnmeldungen. 2021 wurde der Hauptsitz der CGIL von rechtsextremen Gruppen brutal angegriffen, was eine sofortige [Solidaritätsreaktion](#) der nationalen und internationalen Gewerkschaftsbewegung nach sich zog und zur Gründung des von der CGIL koordinierten internationalen Netzwerkes antifaschistischer Gewerkschaften führte. Dieses Netzwerk bringt Gewerkschaften aus der ganzen Welt, darunter industriAll Europe, zusammen, um Erfahrungen und bewährte Praktiken bei der Mobilisierung gegen die extreme Rechte auszutauschen. In den letzten drei Jahren wurden zahlreiche Büros der CGIL, CISL und UIL aus politischen Gründen mutwillig zerstört, und sie alle arbeiten gegen rechtsextreme Werte. Dies ist leider kein Einzelfall. Gewerkschafter*innen in ganz Europa werden zur Zielscheibe der extremen Rechten. So wurden auch unsere finnischen Kolleg*innen Opfer gezielter persönlicher Verleumdungen im Internet.

In Finnland, einem Land mit einem gewerkschaftlichen Organisationsgrad von 60 % und einem ausgeprägten Arbeitsbeziehungssystem, hat der Aufstieg der extremen Rechten zur Durchsetzung gewerkschaftsfeindlicher Reformen beigetragen, die seit langem auf der Agenda der konservativen Parteien stehen. Trotz massiver Proteste und Streiks in den vergangenen Monaten verfolgte die Regierung ihre Pläne zur Einschränkung der Gewerkschaftsrechte und zu Einschnitten bei der sozialen Sicherheit weitert, die in den politischen Programmen des Industrieverbands (EK), des Verbands der finnischen Unternehmer (Suomen Yrittäjät, SY) und der Handelskammer enthalten sind. Alle diese Organisationen werden entweder von einem Mitglied der Konservativen Partei (Kokoomus) oder der Zentrumsparterie

(Keskusta) geleitet. Trotz der Fokussierung der extremen Rechten auf Einwanderung und Sparmaßnahmen hat die Regierung in weniger als einem Jahr neue Gesetze auf den Weg gebracht, die das Streikrecht einschränken, dezentrale Tarifverhandlungen fördern, nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer*innen die Möglichkeit geben, Tarifverträge auszuhandeln, und die den Kündigungsschutz zu schwächen drohen. Dies zeigt, dass die extreme Rechte sobald sie an die Macht kommt, die traditionellen Konservativen in ihrer gewerkschaftsfeindlichen Agenda unterstützt und nicht viel Zeit verliert, um Gesetze in Kraft zu setzen, die die Demokratie und die hart erkämpften Gewerkschaftsrechte schwächen.

Das noch größere Problem ist, dass diese Gesetze Bestand haben können, wie die autoritäre Wende in Ungarn zeigt. Viktor Orbáns FIDESZ-Partei kam 2010 mit einer Zweidrittelmehrheit an die Macht, die es ihr ermöglichte, im Alleingang die Verfassung zu ändern. Dadurch erlangte Orbán die Kontrolle über die Medien und das Justizsystem und konnte seine Partei an der Macht halten. Er ist derzeit in seiner vierten Amtszeit. Für die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften ist Orbáns Herrschaft ein Worst-Case-Szenario. Das Streikrecht wurde durch das Streikgesetz von 2011 stark eingeschränkt, indem entweder ganze Berufsgruppen davon ausgeschlossen wurden oder unverhältnismäßig hohe Auflagen für einen legalen Streik eingeführt wurden (bei einem illegalen Streik haftet der Gewerkschaftsführer für den finanziellen Schaden, der dem Unternehmen durch den Streik entsteht). Das 2012 eingeführte neue Arbeitsgesetzbuch, das darauf abzielte, ausländische Investitionen anzuziehen, ermöglicht überaus flexible Überstunden, eine leichtere Entsendung von Beschäftigten und ungerechtfertigte Entlassungen und schwächt die Rechte der Gewerkschaften auf Unternehmensebene. Orbáns Zugeständnisse an die Arbeitgeber, insbesondere an die multinationalen Konzerne, zeigten sich auch im sogenannten „Sklavengesetz“ von 2018, mit dem eine neue Arbeitszeitregelung eingeführt wurde, die 400 Überstunden pro Jahr erlaubt.

Ein weiteres Beispiel für rechtsextreme Täuschungsmanöver auf nationaler Ebene kommt aus Deutschland, wo sich die AfD als „Arbeiterpartei“ geriert, aber gegen Gesetze zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen stimmt. Der DGB [prangerte](#) die AfD als „Feind der Beschäftigten“ an und berichtete, dass die Mitglieder der Partei gegen die Erhöhung des Mindestlohns und die Ausweitung des Streikrechts gestimmt hatten. Stattdessen legte die AfD (im Landtag von Baden-Württemberg), einen Gesetzesentwurf zur Einschränkung von Tarifverhandlungen vor. Die gewerkschaftsfeindliche Einstellung der Partei wird bei jeder Gelegenheit deutlich. Der DGB berichtet, dass die AfD in Wirklichkeit darauf abziele, Gewerkschaften und Tarifverhandlungen in Unternehmen abzuschaffen. Die Strategie der IG Metall und der IG BCE gegenüber der AfD beruht auf politischer Bildung für Gewerkschaftsmitglieder, Kampagnen gegen rechtsextreme Narrative am Arbeitsplatz und in den sozialen Medien (insbesondere auf junge Menschen ausgerichtet, mit positiven Ergebnissen) sowie einer klaren Haltung gemeinsam mit Arbeitgebern gegenüber der extremen Rechten. Die AfD scheint vor allem bei männlichen Wählern im mittleren Alter erfolgreich zu sein, deren Arbeitsplätze durch den Wandel ihrer Branchen infolge politischer Entscheidungen bedroht sind. IG Metall und IG BCE treten den Parolen der AfD entgegen, indem sie fortschrittliche wirtschafts- und sozialpolitische Forderungen für sichere, nachhaltige und hochwertige Arbeitsplätze stellen.

In Österreich ist die rechtsextreme FPÖ bei den letzten Parlamentswahlen im Herbst 2024 als stärkste Partei hervorgegangen und verhandelt nun mit der konservativen Partei über die Bildung einer neuen Regierung, die sie anführen wird. Eine der ersten Maßnahmen, die die FPÖ angekündigt hat, sind Sparmaßnahmen zur Budgetkonsolidierung, einschließlich Kürzungen von Subventionen für den Klimawandel, Pensionen und Sozialleistungen. Während sie sich als Arbeiterpartei präsentiert, setzt die FPÖ in Wirklichkeit die langjährigen Forderungen der Wirtschaft, Arbeitgeber und Industriellen in Österreich um. Angriffe auf die Gewerkschaften, das Kollektivvertragssystem und die Rechtsstaatlichkeit im Lande sind ebenfalls zu erwarten.

Die arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindliche Haltung der extremen Rechten zeigt sich auch im Europäischen Parlament, wo Abgeordnete rechtsextremer Fraktionen immer wieder gegen arbeitnehmerfreundliche Gesetzesentwürfe gestimmt oder sich der Stimme enthalten haben. Eine [Studie](#) des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zeigt die Abstimmungsergebnisse. Das Abstimmungsverhalten der Europaabgeordneten kann darüber hinaus auch hier eingesehen werden.¹ Diese Beispiele lassen wenig Raum für Zweifel an der extremen Rechten. Die Diskrepanz zwischen Worten und Taten ist frappierend. Während sie sich als Verteidiger des „Volkes“ und der Beschäftigten ausgeben, verlieren rechtsextreme Politiker*innen keine Zeit, um Gesetze umzusetzen, die das Großkapital auf Kosten der Beschäftigten und der Gewerkschaftsrechte begünstigen. Hier sind die markantesten Beispiele:

- Klima-Sozialfonds: Maßnahmen zur Unterstützung bedürftiger Haushalte, die von Energie- oder Verkehrsarmut betroffen sind, stießen bei der ID-Fraktion auf erheblichen Widerstand: 63 % der Fraktion stimmten dagegen, ebenso wie 22 % der EKR-Fraktion. 52 % der EKR-Fraktion enthielten sich. Dagegen stimmten die Grünen, die S&D und die EVP zu 100 % für die Gesetzgebung.
- Richtlinie über Plattformarbeit: ID und EKR verzeichneten die meisten Gegenstimmen sowie eine beträchtliche Anzahl von Enthaltungen, wobei die ID-Fraktion nur zu 68 % und die EKR-Fraktion nur zu 65 % dafür stimmten. Im Vergleich dazu stimmten die Grünen und die Linke zu 100 % dafür, die S&D zu 96 % und die EVP zu 93 %.
- Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit: 94 % der ID-Fraktion stimmten dagegen, ebenso wie 93 % der EKR-Fraktion. Im Vergleich dazu stimmten 100% der Grünen und 98% der S&D dafür, während 88% der Linken, 79% der Renew und 36% der EVP dafür stimmten.
- Entgelttransparenz in der EU: Nur 4% der EKR-Abgeordneten stimmten dafür, während 100% der S&D und der Grünen dafür stimmten. Außerdem stimmten 90% der Linken, 73% der EVP und 85% von Renew für den Vorschlag.

Warum hat die extreme Rechte so großen Zulauf?

Average electoral support right wing populist parties, Europe 1980-2017

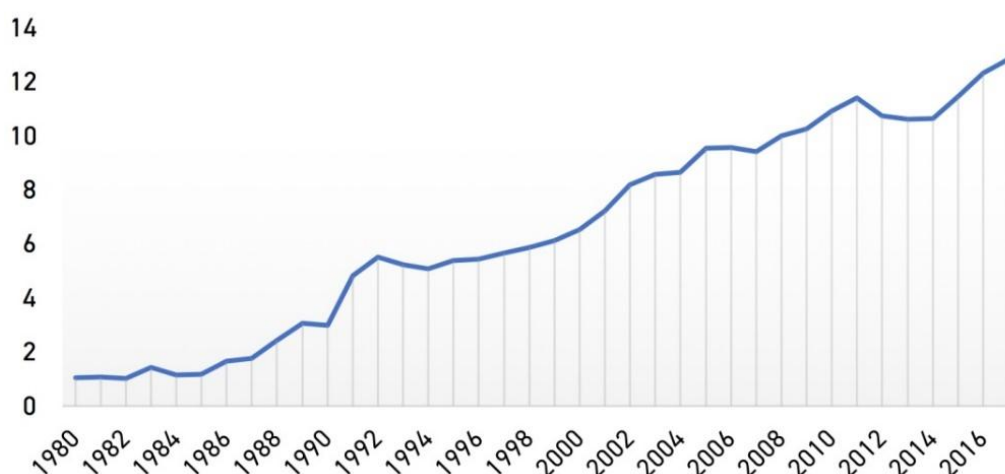


Abbildung 1: Analyse von Trademark zur Verfügung gestellt.

¹ <https://howtheyvote.eu/>

Als Hauptgründe für den Vormarsch der extremen Rechten in den letzten Jahrzehnten sind die Deindustrialisierung, die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, die Stagnation der Entgelte, die Sparpolitik und die wachsende Ungleichheit zu nennen, Probleme, die traditionellen politischen Parteien nicht lösen konnten oder wollten.² Diese Faktoren haben zu einer Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Sicherheit in ganz Europa geführt, verbunden mit einem wachsenden Gefühl der Unzufriedenheit unter den Beschäftigten. Vor diesem Hintergrund kam es auch zu einer Zunahme der Angriffe auf Gewerkschaften, Tarifverhandlungen und die Rechte der Beschäftigten, die bis heute anhalten und deren Auswirkungen in nachstehender Abbildung 2 dargestellt sind.

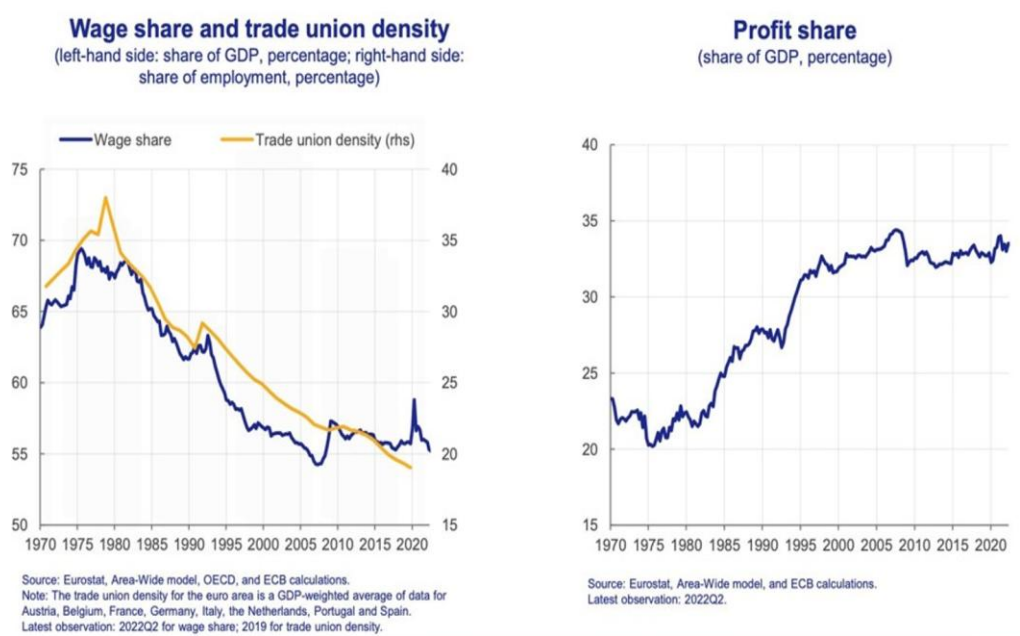


Abbildung 2: Vergleich zwischen Lohnquote, Organisationsgrad und Gewinnquote, auf der Grundlage von Berechnungen von Eurostat, OECD und EZB. Erstellt von Trademark.

Wirtschaftliche Unsicherheit und Prekarität haben auch die einst gut situierten Mittelklassehaushalte erreicht, deren Einkommen bei steigenden Lebenshaltungskosten und immer unsichereren Beschäftigungsaussichten stagnieren. Hochschulabsolvent*innen sind mit höherer Wahrscheinlichkeit hoch verschuldet, für die von ihnen ausgeübten Tätigkeiten überqualifiziert und haben keinen Zugang zum Wohnungsmarkt, während ihre Eltern – sowohl aufgrund von Krediten zur Deckung der laufenden Kosten als auch aufgrund des wachsenden Drucks in Bezug auf die Sicherung des Alterseinkommens – größeren finanziellen Risiken ausgesetzt sind. Die Finanzkrise von 2008 und die Welle der Sparmaßnahmen haben diese Trends noch verschärft und die über Jahrzehnte aufgebaute Angst, Wut und Unzufriedenheit noch verstärkt.

In Ermangelung plausibler Alternativen zur fortschreitenden Ungleichheit und einer erfolgreichen Strategie zur Abwendung von Sparmaßnahmen konnte die extreme Rechte mit ihrer Kritik und ihren Lösungsvorschlägen punkten. Ihr ist es gelungen, das Narrativ zu verbreiten, dass mehr soziale Gleichheit für Migrant*innen und andere Randgruppen die Ursache für die wirtschaftliche Misserfolge der Menschen sei. Programme, die Zuwanderungsbeschränkungen, die Beschränkung von Sozialleistungen auf „einheimische“ Bewohner*innen und Kulturkonservatismus propagieren, finden Anklang, weil sie den

² Die umfassende Analyse, auf die in diesem Teil des Aktionsplans eingegangen wird, stützt sich weitgehend auf den [TUC-Bericht](#) von Dr. Stiofán Ó Nualláin und Dr. Seán Byers von Trademark Belfast.

Anschein einer kollektiven Antwort aus der Perspektive des Nationalstaats erwecken. So versucht die extreme Rechte, sich auf Begriffe wie Gemeinschaft zu berufen, während sie plausibel klingende Lösungen für wirtschaftliche und politische Herausforderungen anbietet.

Zunehmende wirtschaftliche Unsicherheit, wachsende Ungleichheit und Entfremdung von einer Politik des „Weiter-wie-gehabt“ haben zu weit verbreiteter Unzufriedenheit und einer Anti-Establishment-Stimmung geführt. Angriffe auf Gewerkschaften und das Fehlen echter Alternativen zur Sparpolitik oder wirksamer Maßnahmen zur Bekämpfung von Ungleichheit haben dazu beigetragen, dass die Rechtsextremen ihre Lösungen als plausibler klingende Alternative darstellen konnten. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass wir unser eigenes gewerkschaftliches Narrativ mit entsprechenden Lösungsvorschlägen entwickeln, ohne dabei in die Falle zu tappen, gefährliche Ideen zu übernehmen.

Die oben dargelegten sozioökonomischen strukturellen Faktoren sind der Nährboden für den Aufstieg der extremen Rechten, aber ihr Erfolg wäre nicht möglich, wenn nicht auch die Parteien der Mitte ihre Ideen übernehmen würden. Untersuchungen [zeigen](#), dass rechtsextreme Parteien und Ideen durch „Mainstreaming“ legitimiert und normalisiert wurden. Dies ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass sich die Rechtsextremen für Wahlzwecke ein neues Image verpassen, sondern auch darauf, dass traditionelle Parteien der Mitte aus Gründen der politischen Opportunität die Rhetorik und Politik der radikalen Rechten übernehmen. Dadurch sind rechtsextreme Parteien zu akzeptablen Koalitionspartnern von Regierungen geworden oder konnten die Regierungspolitik in Fragen wie der Einwanderung beeinflussen.

In anderen [Untersuchungen](#) wird auch auf die Fehler von Gewerkschaften, den Mitte- und Mitte-Links-Parteien hingewiesen, die die politische Agenda der rechtsextremen Parteien übernehmen, was in den meisten Fällen einen großen Teil ihrer traditionell progressiven Wählerschaft abschreckt. Demokratische Parteien sollten sich darauf konzentrieren, wirtschaftliche Missstände anzugehen, indem sie die Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt verringern, das Wirtschaftswachstum fördern und einen wirksamen Sozialschutz gewährleisten. Sie sollten sich wieder auf ihre Leib- und Magenthemen konzentrieren, insbesondere die Gleichstellung.

Die Gefahr, dass die Brandmauer eingegrissen wird, ist nach der Europawahl größer denn je. Gewerkschaften sollten ihre Werte nicht verraten und keine gefährlichen Abenteuer wagen, bei denen sie nur verlieren können. Stattdessen müssen die Gewerkschaften (wieder) Bildungs- und Sensibilisierungsprogramme für ihre Mitglieder auflegen, um ihnen die Gefahren zu verdeutlichen, die mit den Werten und Ideen der extremen Rechten verbunden sind. Mit ihren Werten und Ideen gelingt es der extremen Rechten, verschiedene Gruppen von Arbeitnehmer*innen, insbesondere die Opfer der von den etablierten Parteien betriebenen Politik (Arbeitslosigkeit, Prekarität, Rente, soziale Sicherheit, fehlende Zukunft, Enttäuschung über die Demokratie usw.), untereinander oder gegen andere benachteiligte Gruppen auszuspielen. Genau hier müssen die Gewerkschaften ansetzen und die Einheit fördern, nicht zuletzt durch die Stärkung unserer Präsenz in den Betrieben, vor Ort und dort, wo wir nicht dominant sind. Wir müssen mit einem Narrativ in die Offensive gehen, das darauf basiert, was wir sind und wofür wir stehen. Vor allem müssen wir unsere eigenen Forderungen haben und unsere Unabhängigkeit in Bezug auf Analysen, Überlegungen, Forderungen und Mobilisierungen bewahren. Auch wenn die meisten Gewerkschaften in Europa parteipolitisch unabhängig sind und wir unsere Neutralität wahren müssen, ist klar, dass die Werte der extremen Rechten im Gegensatz zu denen stehen, für die wir uns tagtäglich einsetzen. Es ist notwendig, die Arbeitnehmer*innen, aber auch die Arbeitgeber daran zu erinnern und zu sensibilisieren, und zwar nicht nur im Vorfeld der nationalen oder europäischen Wahlen.

Warum Gewerkschaften Online-Organizing ausbauen müssen

Der große Erfolg rechtsextremer Parteien und insbesondere ihr rascher Aufstieg in den letzten zehn Jahren ist untrennbar mit ihrer Eroberung des Internets verbunden. Die extreme Rechte hat das enorme Potenzial der sozialen Medien als Propagandainstrument und Organizing-Tool sehr früh erkannt. Sie machen sich auch sehr geschickt künstliche Intelligenz (KI) zunutze, um ihre Online-Reichweite kontinuierlich zu verbessern und auszubauen. Sowohl soziale Medien als auch KI können für gute oder schlechte Zwecke eingesetzt werden. Insbesondere KI kann riesige Datenmengen analysieren, aber auch Inhalte generieren und an eine sehr breit gefächerte Audience verbreiten. Es droht zudem eine nie da gewesene Verbreitung von Desinformation, Fake News und Deepfakes. Wir dürfen die Macht der sozialen Medien und der KI sowie ihr Potenzial nicht unterschätzen. Wie bei vielen Tools gilt es auch hier zu bedenken: Wer nutzt sie und zu welchem Zweck?

Die extreme Rechte hat das Internet erobert, weil sie verstanden hat, dass es für viele, insbesondere für junge Menschen, keine voneinander getrennte Offline- und Online-Welt mehr gibt. Die Gewerkschaften haben bei der Präsenz in den sozialen Medien und entsprechenden Strategien immer noch Nachholbedarf. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass sie ihre Organizing-Strategien um eine Online-Komponente erweitern. Es geht nicht darum, die Arbeit vor Ort in den Betrieben zu ersetzen, sondern sie um eine Strategie für Online-Organizing zu ergänzen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die IG Metall in Deutschland: Da TikTok in Deutschland hauptsächlich von jungen Frauen genutzt wird, richtete die Gewerkschaft einen Account mit einer auf diese Zielgruppe ausgerichteten Kampagne ein. Die Strategie funktioniert, es gab zahlreiche Beitritte.

Ein weiteres [Beispiel](#) für eine erfolgreiche gewerkschaftliche Organizing-Kampagne, die weitgehend online durchgeführt wurde, ist Starbucks Workers United in den USA. Die Gewerkschaft nutzte gezielt die sozialen Medien, um Beschäftigte von Starbucks zu kontaktieren und sie zu fragen, ob sie der Gewerkschaft beitreten möchten, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. Ebenfalls in den USA gab es eine erfolgreiche Organizing-Kampagne bei Amazon mit starker Online-Komponente, die als Vorbild dienen kann. Wir müssen aus diesen Erfolgsgeschichten in einigen der gewerkschaftsfeindlichsten Unternehmen lernen (Amazon soll [Berichten](#) zufolge 4,3 Mio. \$ für Beratungsfirmen ausgegeben haben, um gegen gewerkschaftliches Organizing vorzugehen). Viele Gewerkschaften sind – derzeit – nicht online, aber ihre bestehenden und künftigen Mitglieder sind es:

Individuals who used the internet for social networks, 2023 (% of individuals)

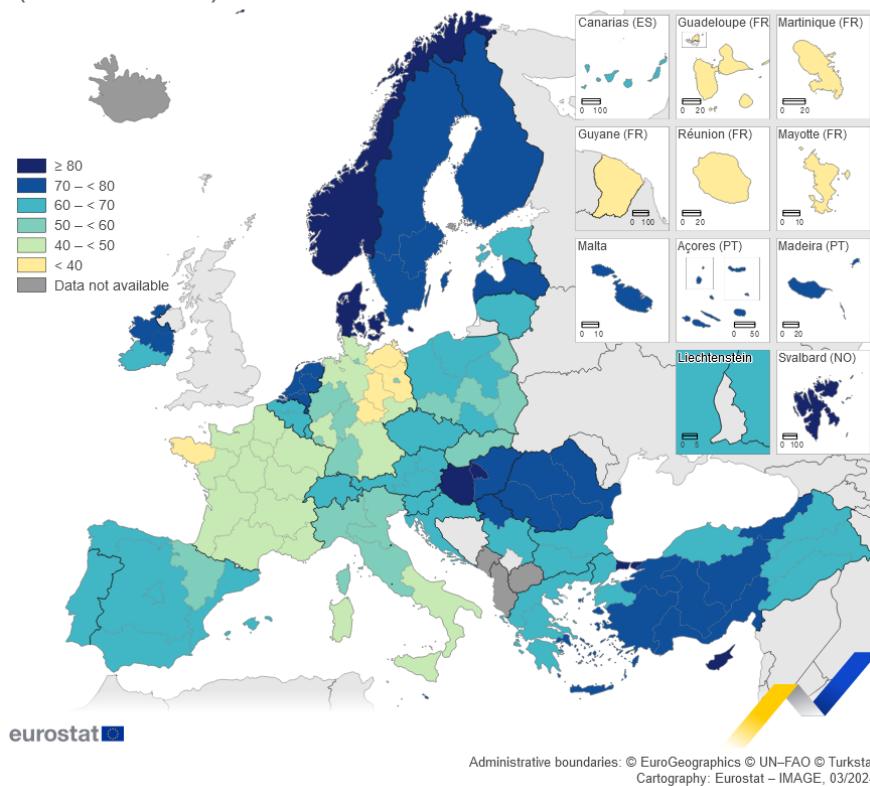


Abbildung 3: Personen, die 2023 soziale Medien nutzten, [Eurostat](#)

Die wirkungsvolle Nutzung sozialer Medien erfordert mehr als nur die Einrichtung eines Kontos und regelmäßiges Posten von Beiträgen. [Untersuchungen](#) zufolge bespielt die extreme Rechte dieses Medium mit großem Erfolg, denn immer mehr Menschen informieren sich nachweislich über soziale Medien und nicht mehr über traditionelle Nachrichtenquellen. Regierungen und politische Gruppen auf der ganzen Welt sponsern Online-Informationenkampagnen, die von Bots orchestriert werden, wie sie beispielsweise von Breitbart zur Unterstützung von Donald Trump eingesetzt werden. In Europa fehlt es an progressiven Medien, die mit der Schlagkraft der extremen Rechten mithalten können. Gewerkschaften sollten ihre Strategie überdenken, um sich rechtsextremen Narrativen und der Macht der Konzerne entgegenzustellen und eine Vision einer anderen Welt zu propagieren.

Die Rolle der sozialen Medien und der großen Technologieunternehmen bei der Verbreitung rechtsextremer Narrative erfordert eine nähere Betrachtung durch die Gewerkschaften, sowohl um dieses Phänomen besser zu verstehen als auch um eine wirksame Antwort darauf zu erarbeiten, einschließlich Lobbyarbeit für eine stärkere Regulierung. Wir müssen auf den Studien aufbauen, die den Einfluss rechtsextremer Narrative und Online-Netzwerke untersuchen. Anhand einer Analyse der wichtigsten Influencer, wiederkehrender Narrative sowie geografischer und demografischer Daten können wir Strategien entwickeln, um Menschen dem Einfluss der extremen Rechten zu entziehen.

Zunächst sollten wir in den Gewerkschaften ein besseres Verständnis für die neuen Instrumente entwickeln, die von der extremen Rechten und sogar von einigen Arbeitgebern bereits ausgiebig genutzt werden. Ein Beispiel ist das sogenannte Social Listening³. Es kann wie jedes andere Tool für positive oder

³ Social Listening ist ein Werkzeug, das es Organisationen ermöglicht, die Meinungen der Menschen besser zu verstehen, indem sie die Informationen analysieren, die sie öffentlich über ihre Social-Media-Kanäle teilen. Durch

negative Zwecke eingesetzt werden, und es liegt an den Gewerkschaften, herauszufinden, wie sie es zu ihrem Vorteil nutzen können. Mit diesem Instrument könnten Gewerkschaften besser verstehen, was ihre bestehenden und potenziellen Mitglieder in einem bestimmten geografischen Gebiet über die Gewerkschaft und ihre Arbeit denken. Das könnte zu gezielten Maßnahmen führen, wenn die Unterstützung für die Gewerkschaft schwindet, da es Informationen für ein besseres Verständnis der Unzufriedenheit der Menschen liefern kann. Britische und deutsche Gewerkschaften testen diese Tools derzeit in zwei Automobilunternehmen. Ergebnisse waren ein Anstieg der Mitgliederzahlen um 30 % und Tarifverträge mit deutlichen Entgelterhöhungen.

Es wäre ein taktischer Fehler, neue Werkzeuge links liegen zu lassen, die Organizing beflügeln könnten. Wie bereits erwähnt, nutzen auch einige Arbeitgeber diese bereits. Das beunruhigendste Beispiel ist Tesla, wo die Überwachung der Beschäftigten für Union Busting genutzt wurde. [Berichten](#) zufolge hat Tesla eine für Union Busting-Strategien berüchtigte Beratungsfirma beauftragt. Das Unternehmen setzte Sicherheitskameras und andere Überwachungs-Tools ein, um die Aktivitäten der Beschäftigten zu verfolgen, einschließlich gewerkschaftsbezogener Diskussionen und Treffen. Tesla wurde außerdem beschuldigt, die Aktivitäten der Beschäftigten in den sozialen Medien, einschließlich der privaten Kommunikation, zu überwachen. Der Vorfall ereignete sich in den USA, aber angesichts des gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens von Tesla in [Schweden](#) ist nicht auszuschließen, dass das Unternehmen auch in Europa ähnliche Strategien gegen Gewerkschaften anwenden könnte.

Das 21. Jahrhundert stellt die Gewerkschaftsbewegung vor neue Herausforderungen. Angesichts des in den letzten Jahrzehnten rückläufigen Organisationsgrads ist es höchste Zeit, dass wir alle verfügbaren Instrumente nutzen, um diesen Trend umzukehren. Online-Organizing muss ein fester Bestandteil unserer Strategien werden, wenn wir die demokratischen Werte und Ideen der Gewerkschaftsbewegung weiterentwickeln wollen.

Neben der Verstärkung unserer Präsenz in den Betrieben und in den sozialen Medien müssen die Gewerkschaften die Arbeitnehmer*innen sensibilisieren, um der politischen Propaganda und ihren extremen Methoden entgegenzuwirken, die darauf abzielen, den anderen als Feind zu identifizieren und die Freiheit und das Recht auf Meinungsäußerung zu untergraben. Es ist wichtig, dass unsere Mitglieder dabei unterstützt werden, Falschmeldungen (Fake News) zu erkennen und Informationen und Daten nur aus verifizierten und zuverlässigen Quellen zu beziehen.

Aktionsplan von industriAll Europe gegen die extreme Rechte: Handlungsempfehlungen

Nachdem die Rechtsextremen bei allen jüngsten Wahlen zugelegt haben, stehen wir an einem Wendepunkt. Die Gewerkschaften dürfen keine Zeit verlieren und müssen ihre Aktivitäten gegen die Ideen und Werte der extremen Rechte verstärken. Wir haben unsere Tätigkeiten in diesem Schwerpunktbereich bereits vor der Europawahl im Juni 2024 mit unserer [Kampagne](#) „5 Erfolge, 5 Forderungen“, dem [Webinar](#) zum Kampf gegen die extreme Rechte und unseren beiden Schulungen für junge Gewerkschaftsmitglieder zum Kapazitätsaufbau (in [Malaga](#) und [Budapest](#)) verstärkt.

Mit diesem Dokument möchte industriAll Europe an seine Grundwerte erinnern, die in Artikel 3 seiner Satzung festgeschrieben sind: das Recht auf demokratische politische Partizipation und demokratische Kontrolle der Wirtschaft; der Kampf für die Menschenrechte einschließlich Freiheit, Frieden, Demokratie, Selbstbestimmung für alle und soziale Gerechtigkeit. Dieser Kampf muss vorrangig geführt werden, indem

den Einsatz dieses Instruments können Gewerkschaften beispielsweise verstehen, was die Mitglieder einer bestimmten Stadt oder Region über ihre Gewerkschaft denken, und dies kann ihnen helfen, ihre Forderungen besser auf die Bedürfnisse ihrer Mitglieder abzustimmen.

wir einen konstruktiven Dialog am Arbeitsplatz und mit unseren Kolleg*innen fördern, Hass, Gewalt und Diskriminierung bekämpfen, Pluralismus und Frieden in unseren Ländern anstreben und den sozialen Konflikt nicht weiter anheizen.

Viele Mitgliedsgewerkschaften von industriAll Europe engagieren sich aktiv im Kampf gegen die Bedrohung durch rechtsextreme Ideen unter Arbeitnehmer*innen, da dieses Problem in Europa immer besorgniserregender wird. Durch Sensibilisierungskampagnen und andere Initiativen am Arbeitsplatz auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene wirken viele unserer Mitgliedsorganisationen den spaltenden Narrativen entgegen, die den rechtsextremen Ideologien zugrunde liegen. Koordinierte Maßnahmen können eine erhebliche Wirkung haben. Gemeinsame Anstrengungen verstärken daher die Botschaft der Solidarität unter den Arbeitnehmer*innen in ganz Europa, denn im Kampf gegen rechtsextremes Gedankengut geht es nicht nur um den Schutz der Arbeitnehmerrechte, sondern auch um die Verteidigung der gemeinsamen Werte Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und Demokratie. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass das Engagement für diese Werte weiter zunimmt und zu zeigen, dass die Einheit der Arbeitnehmer*innen stärker ist als jeder Versuch, uns zu spalten und die sozialen Rechte und die Rechte der Arbeitnehmer*innen zu untergraben.

Politische Forderungen

- Gute Arbeitsplätze in der Industrie: sicher, gut bezahlt und nachhaltig für alle Beschäftigte
- Überarbeitung der Verträge über die Währungsstabilität und der geltenden Regeln für die wirtschaftspolitische Steuerung, die permanente Sparmaßnahmen für die Mitgliedsstaaten festschreiben und jeden wirklichen wirtschaftlichen Anreiz verhindern.
- Ein Moratorium für die Verschrottung von Industrieanlagen und für betriebsbedingte Kündigungen, während gleichzeitig Verhandlungslösungen für alle Standorte und Beschäftigte gefordert werden.
- Die Einrichtung eines wirksamen und schnellen Systems an den Grenzen, um die Einfuhr von Produkten zu verhindern, die nicht den gleichen Umwelt- und Sozialvorschriften unterliegen wie sie in den EU-Mitgliedsstaaten gelten.
- Ein Ende des Sozial-, Lohn- und Steuereumpings innerhalb der EU.
- Die Umsetzung eines echten industriepolitischen Plans für Europa, ausgestattet mit massiven Finanzmitteln, um sowohl eine realistische Energie-, Digital- und Umweltwende als auch einen sozial verantwortlichen Umgang mit allen Arbeitnehmer*innen und der Allgemeinheit ermöglichen.
- Das Recht auf eine echte Anhörung der Gewerkschaften im Vorfeld eines jeden Projekts, das die Arbeitnehmer*innen direkt betrifft, auf europäischer Ebene und in allen EU-Mitgliedsstaaten.

Empfehlungen von industriAll Europe an die Gewerkschaften:

- Ein eigenes gewerkschaftliches Narrativ auf der Grundlage unserer Werte entwickeln und unsere Antworten auf und Lösungen für die sozioökonomischen Probleme der Arbeitnehmer*innen darlegen, und damit klar Stellung gegen die Ideen und Werte der extremen Rechten beziehen.
- Schulungen und Sensibilisierungsprogramme für unsere Mitglieder durchführen, um deren Fähigkeit zu stärken, die Verbreitung rechtsextremer Ideen über Hass, Gewalt und Diskriminierung unter Arbeitnehmer*innen zu verhindern. Dazu gehören auch Schulungen, um Propaganda zu erkennen und zu lernen, sich nur aus geprüften und zuverlässigen Quellen zu informieren.

- Zusammenarbeit mit Arbeitgebern, um Gewalt und politische Diskriminierung am Arbeitsplatz zu bekämpfen, die auch von der extremen Rechten ausgeht.
- Ergänzung der Organizing-Strategie der Gewerkschaft um eine Online-Komponente, nicht zuletzt durch die Nutzung aller verfügbaren Online-Tools wie Social Media Listening und Social Listening und aller anderen Kommunikationskanäle.
- Aktive Beteiligung am Dialog mit anderen sozialen Bewegungen und Parteien.

Die Rolle von industriAll Europe im Rahmen der gewerkschaftlichen Strategie:

- Die europäischen Entscheidungsträger*innen sensibilisieren, warnen und herausfordern, indem wir auf die Folgen ihrer politischen Entscheidungen und Beschlüsse hinweisen.
- Die europäischen Politiker*innen, die Entscheidungen gegen die Arbeitswelt und die Arbeitnehmer*innen getroffen haben (unkontrollierte Globalisierung, Sparmaßnahmen, Entscheidungen über die Industrie usw.), zur Rede stellen und anprangern.
- Die Mitgliedsorganisationen über die Abstimmungen der nationalen Mitglieder des Europaparlamentes zu industrie- und sozialpolitischen Themen aufklären.